

Anfrage

der Angeordneten Bundesrätin Ewa Dziejic, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz

betreffend **Zeitverwendungsstudien und Monetarisierungsstudien**

Begründung

Zeitverwendungsstudien liefern wesentliche Informationen über die Veränderung der Gesellschaft und der Arbeitswelt und stellen somit eine wichtige Grundlage für politische Entscheidungen dar. Sie bieten etwa Informationen über den Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen, die zu erwartende Entwicklung von Pensionen sowie über notwendige politische, gesellschaftliche und rechtliche Anpassung etwa zur Verhinderung ungleicher Zugangschancen zu Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern. Wissenschaftliche Standards empfehlen die Durchführung einer Zeitverwendungsstudie in jeweils zehn Jahren.

Die letzte Zeitverwendungsstudie für Österreich wurde im Zeitraum 2008/2009 durchgeführt. Es ist also durchaus dringlich, eine derartige Studie wieder in Auftrag zu geben. Im internationalen und EU-Kontext wird es in den Jahren 2020 bis 2022 eine neue „Welle“ an Zeitverwendungsstudien geben. Es erscheint somit für Österreich sinnvoll und auch zielführend zur Herstellung internationaler Vergleichsmöglichkeiten, in diesem Zeitraum ebenfalls eine neue Zeitverwendungsstudie durchzuführen. Die notwendigen Vorarbeiten einer derartigen Studie lassen es als angezeigt erscheinen, den politischen Auftrag an die Statistik jetzt oder jedenfalls noch in diesem Jahr zu erteilen. Leider ist das aber bisher nicht erfolgt.

Die Kosten einer Zeitverwendungsstudie sind im Übrigen überschaubar. Die letzte Studie im Jahre 2009 hat € 199.181,00 gekostet.

Zeitverwendungsstudien stellen die Grundlage sogenannter Monetarisierungsstudien dar, mit denen das Ausmaß und die Bedeutung unbezahlter Versorgungsarbeit für die Volkswirtschaft sichtbar gemacht werden kann. Monetarisierungsstudien sind eine wichtige Grundlage und Entscheidungshilfe für die Politik, um Fehlentwicklungen, insbesondere hinsichtlich der Aufteilung unbezahlter Versorgungsarbeit und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft (z.B. in Zusammenhang mit ungleichem Zugang zum Arbeitsmarkt und deren volkswirtschaftlicher Folgen).

In Österreich ist überhaupt erst einmal eine Monetarisierungsstudie durchgeführt worden. Im Jahr 1996 veröffentlichte die heutige Statistik Austria die auf der Zeitverwendungserhebung 1992 beruhende Studie „Familienarbeit und Frauen-BIP“. Die Kosten für die Studie hatte das Frauenministerium getragen.

Es ist dringend notwendig, nach mehr als 25 Jahren eine neue Monetarisierungsstudie in Auftrag zu geben. Es erscheint als besonders zielführend, sie gemeinsam mit einer für die in den Jahren bis 2020 durchzuführenden Zeitverwendungsstudie durchzuführen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage

1. Hat die Bundesregierung, insbesondere das Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, die Absicht, die Statistik Austria im Laufe dieser Gesetzgebungsperiode mit der Durchführung einer Zeitverwendungsstudie zu beauftragen?
 - 1.1. Wenn ja: Wann wird die Beauftragung stattfinden und in welchem Zeitraum soll die Befragung durchgeführt werden?
 - 1.2. Wenn nein: Warum nicht?

2. Hat die Bundesregierung, insbesondere das Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, die Absicht, die Statistik Austria im Laufe dieser Gesetzgebungsperiode mit der Durchführung einer Monetarisierungsstudie in Zusammenhang mit der Zeitverwendung und unbezahlter Versorgungsarbeit zu beauftragen?
 - 2.1. Wenn ja: Wann wird die Beauftragung stattfinden?
 - 2.2. Wenn nein: Warum nicht?

Harold Kiefer



